

EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

Plenarsitzungsdokument

22.4.2008

B6-0144/2008 }
B6-0174/2008 }
B6-0175/2008 } RC1

GEMEINSAMER ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

eingereicht gemäß Artikel 103 Absatz 4 der Geschäftsordnung von

- Hartmut Nassauer und Joseph Daul im Namen der PPE-DE-Fraktion
- Diana Wallis und Silvana Koch-Mehrin im Namen der ALDE-Fraktion
- Brian Crowley und Cristiana Muscardini im Namen der UEN-Fraktion

anstelle der Entschließungsanträge folgender Fraktionen:

- PPE-DE (B6-0144/2008)
- UEN (B6-0174/2008)
- ALDE (B6-0175/2008)

zur Jährlichen Strategieplanung der Kommission für 2009

RC\720658DE.doc

PE401.440v01}
PE401.475v01}
PE401.474v01} RC1

DE

DE

Entschließung des Europäischen Parlaments zur Jährlichen Strategieplanung der Kommission für 2009

Das Europäische Parlament,

- in Kenntnis der Mitteilung der Kommission über die Jährliche Strategieplanung für 2009 (KOM(2008)0072),
 - unter Hinweis auf die Umsetzung des laufenden Legislativ- und Arbeitsprogramms 2008 (KOM(2007)0640),
 - gestützt auf Artikel 103 Absatz 4 seiner Geschäftsordnung,
- A. in der Erwägung, dass der strukturierte Dialog mit der Kommission ein wichtiger interinstitutioneller Schritt sowohl für die Umsetzung des derzeitigen Legislativ- und Arbeitsprogramms 2008 als auch für die Ausarbeitung und Verabschiedung des Legislativ- und Arbeitsprogramms 2009 ist,
- B. in der Erwägung, dass es daher von entscheidender Bedeutung ist, dass der strukturierte Dialog rechtzeitig stattfindet, damit die wichtigsten strategischen Ziele der EU für 2009 festgelegt werden können,

Wachstum und Arbeitsplätze

1. unterstreicht erneut die Bedeutung einer entschlossenen Umsetzung der Lissabon-Strategie und betont in diesem Zusammenhang die Interdependenz von wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Fortschritten bei der Schaffung einer dynamischen und innovativen nachhaltigen Wirtschaft;
2. begrüßt die überfällige Unterstützung für die KMU auf der Grundlage der geplanten europäischen Regelung für kleine Unternehmen („Small Business Act“); ist der Auffassung, dass der Small Business Act eine sehr wichtige Strategie zur Unterstützung kleiner und mittelständischer Unternehmen ist; stellt fest, dass auch ein Finanzrahmen und Rechtsakte notwendig sind, um KMU möglichst angemessen zu unterstützen; warnt jedoch vor einem Missbrauch dieser Instrumente zur Abschottung nationaler Märkte und damit einer Verringerung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit und der Auswahlmöglichkeiten der Verbraucher; fordert die Kommission erneut mit Nachdruck auf, einen Legislativvorschlag für das Statut der Europäischen Privatgesellschaft vorzulegen;
3. begrüßt eine systematischere und stärker integrierte Überwachung wichtiger Waren- und Dienstleistungsmärkte, um vorhandene Probleme zu ermitteln; stellt fest, dass dies auch Untersuchungen über den Wettbewerb in den betreffenden Sektoren umfassen könnte und dass dies nicht zu Lasten der KMU oder der Vielfalt von Produkten und Dienstleistungen im Binnenmarkt gehen sollte; nimmt Kenntnis von der Absicht der Kommission, die Sektorgesetzgebung im Bereich des Binnenmarktes für Güter mit dem neuen Legislativrahmen abzustimmen, wiederholt jedoch die Forderung an die Kommission, die ordnungsgemäße Umsetzung und Durchsetzung durch die Mitgliedstaaten zu überwachen; hält eine generelle Überprüfung, zusammen mit einer Überprüfung der Richtlinie über die allgemeine Produktsicherheit, für notwendig; fordert anhaltende Aufmerksamkeit für die

Umsetzung der wichtigsten Binnenmarktrichtlinien, insbesondere der Dienstleistungsrichtlinie, und für die Weiterentwicklung der Binnenmarktinstrumente;

4. begrüßt die Folgemaßnahmen nach der Überprüfung des Binnenmarkts von 2007, u. a. die Initiative für ein partnerschaftliches Vorgehen der Kommission und der Mitgliedstaaten bei der Anwendung und Durchsetzung der Rechtsvorschriften für den Binnenmarkt; unterstützt die Vorschläge für Änderungen an verschiedenen Richtlinien im Rahmen des neuen Konzepts zur Modernisierung des Binnenmarktes für Güter; ersucht die Kommission, weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten in diesem Bereich zu treffen; bedauert jedoch, dass es zu keiner konkreten Harmonisierung der Legislativvorschläge im Bereich des Binnenmarktes gekommen ist; unterstreicht die Bedeutung einer gegenseitigen Anerkennung in Verbindung mit einer gezielten Harmonisierung im Bereich des Binnenmarktes im Hinblick auf die Vollendung des Binnenmarktes für Güter und Dienstleistungen;
5. ist der Auffassung, dass zum Erreichen der ehrgeizigen Ziele der Lissabon-Strategie ein neuer Ansatz für die Entwicklung und Förderung der Forschung erforderlich ist; fordert eine erste Bewertung der Umsetzung des Siebten Forschungsrahmenprogramms (FP7) vor der Halbzeitüberprüfung sowie die Bewertung der bisherigen Tätigkeit des Europäischen Forschungsrates;
6. verweist auf die überragende Bedeutung des Schutzes der Stabilität der Finanzmärkte und der Beruhigung der Verbraucher angesichts der derzeitigen Finanzkrise; stellt fest, dass die gegenwärtige Krise deutlich macht, dass die Europäische Union Überwachungsmaßnahmen entwickeln muss, um die Transparenz der Anleger zu erhöhen, bessere Bewertungsstandards zu entwickeln, die aufsichtsrechtlichen Vorschriften und die Rolle der Rating-Agenturen zu verbessern; ersucht die Kommission, im Rahmen einer umfassenden Partnerschaft mit dem Europäischen Parlament an der Entwicklung der Roadmap zu arbeiten, auf die sich der ECOFIN-Rat im Dezember 2007 geeinigt hat, um den Lamfalussy-Prozess, die Rechtsvorschriften für Finanzdienstleistungen sowie den Umsetzungsprozess zu verbessern; ist der Auffassung, dass die angekündigte gezielte Überprüfung der Richtlinie über die Eigenkapitalanforderung den aufsichtsrechtlichen Rahmen und das Risikomanagement der Finanzinstitute verbessern und somit das Vertrauen zwischen den Akteuren auf dem Markt stärken sollte; bekräftigt erneut die entscheidende Bedeutung einer besseren und einzigen Vertretung der EU in internationalen Finanzinstituten und bedauert, dass kein Vorschlag in diesem Sinne vorgelegt wurde;
7. begrüßt ferner die Entschlossenheit der Kommission, die Arbeit im Bereich der Einzelhandelsfinanzdienstleistungen voranzutreiben, da die Integration in diesem Bereich noch immer minimal ist und der Wettbewerb in einigen Bereichen verbessert werden muss, wenn er den Verbrauchern konkrete Vorteile bringen soll; fordert die Kommission auf, die Umsetzung der Richtlinie über Verbraucherkredite genau zu verfolgen;
8. nimmt die Bemühungen der Kommission zur Kenntnis, die in der Lissabon-Strategie festgesetzten Ziele für die Beschäftigungsquote zu erreichen; ermutigt die Kommission, auch weiterhin einen gemeinsamen Ansatz im Hinblick auf Flexibilität und Sicherheit zu entwickeln, wodurch einerseits eine größere Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt und andererseits Sicherheit für die Arbeitnehmer, zusammen mit einer ausgewogenen Umsetzung der vier Pfeiler der „flexicurity“, gefördert werden sollte, was erforderlich sein kann, um

bessere wirtschaftliche Effekte zu erzielen;

9. weist darauf hin, dass das EP die Folgen der kürzlich ergangenen Urteile des Europäischen Gerichtshofes in den Rechtssachen Viking, Laval und Ruffert zunächst mit einer Debatte im Plenum und dann mit einem Bericht des Parlaments über Herausforderungen für Tarifverträge prüfen wird;
10. bedauert, dass die Kommission den Themen Kultur und Bildung in der Jährlichen Strategieplanung für 2009 nur geringe Priorität einräumt; ersucht die Kommission, den Europäischen Bildungsraum für alle zu konsolidieren, insbesondere durch eine Verbesserung von Qualität, Effizienz und Zugang zu den Aus- und Fortbildungssystemen der EU; betont, dass besondere Beachtung dem lebenslangen Lernen durch die Entwicklung der Mobilität von Studenten, der Beherrschung von Sprachen und der Erwachsenenbildung geschenkt werden sollte; unterstreicht die Bedeutung der kulturellen Vielfalt, insbesondere im Bereich der digitalen Inhalte;
11. begrüßt, dass für die Zukunft eine Mitteilung über den Dialog zwischen Universitäten und Unternehmen angekündigt wurde, um dazu beizutragen, dass die europäischen Universitäten in der Lage sind, mit den besten Hochschulen in der Welt zu konkurrieren; unterstützt die Initiative, ein Grünbuch über die Kultur- und Kreativindustrie herauszugeben, und hält es für notwendig, dass die EU in diesem Sektor, der erheblich zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Wachstum beiträgt, weiter aktiv bleibt; weist darauf hin, dass die Maßnahmen der EU auch darauf abzielen sollten, die kulturelle Identität und Vielfalt zu stärken;
12. betont, dass die Frage der Rechte von Passagieren eine zentralere Bedeutung erhalten muss, insbesondere der Schutz von Passagieren, die lange Strecken per Bus reisen, sowie der Schutz von Eisenbahn- und Schiffspassagieren; unterstreicht die Bedeutung einer erfolgreichen Entwicklung von Verkehrsleitsystemen und fordert die Kommission nachdrücklich auf, weiterhin an der Entwicklung des Forschungsprogramms zum Luftverkehrsleitsystem für den einheitlichen europäischen Luftraum (SESAR) und des europäischen Eisenbahnverkehrsleitsystems (ERTMS) zu arbeiten;

Klimawandel und nachhaltige Entwicklung in Europa

13. unterstützt die Kommission ausdrücklich bei der Weiterentwicklung der Energiepolitik für Europa mit dem Ziel der Unabhängigkeit Europas im Energiebereich und der Stärkung der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten; verpflichtet sich, eng mit Rat und Kommission zusammenzuarbeiten, um in kürzestmöglicher Zeit eine wirksame und praktikable Vereinbarung zum Thema Klimawandel und über das Energiepaket zu finden; ersucht die Kommission, so bald wie möglich die beste und objektivste Analyse der möglichen wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen steigender Energiepreise vorzulegen, um bestmögliche Orientierung für den legislativen Beschlussfassungsprozess im Rat und im Parlament zu geben; stellt fest, dass die EU auch weiterhin unter Beweis stellen muss, dass Wirtschaftswachstum und Entwicklung in einer Volkswirtschaft mit geringem CO₂-Ausstoß miteinander in Einklang gebracht werden können; erinnert ferner an die Notwendigkeit, dafür Sorge zu tragen, dass Umweltziele und die Zielsetzungen hinsichtlich des Klimawandels in alle EU-Politiken und Finanzierungsprogramme der EU einbezogen werden;

14. ist sich darüber im Klaren, dass der Erfolg dieser Strategie auch von der Fähigkeit der Europäischen Union abhängt, ihre Partner in der Welt, insbesondere die wichtigsten Akteure, davon zu überzeugen, sich auf eine solche Strategie umzustellen; unterstreicht daher, dass die EU mit einer Stimme sprechen und Solidarität in diesem Bereich unter Beweis stellen sollte; nimmt Kenntnis von dem kürzlich veröffentlichten Dokument des Hohen Vertreters und der Kommission („Klimawandel und internationale Sicherheit“) und unterstreicht die Notwendigkeit eines gemeinsamen Konzepts für Themen im Zusammenhang mit Energie, Klimawandel und auswärtigen Angelegenheiten; bedauert, dass es keine jährliche und langfristige Strategie für eine europäische Energieaußenpolitik gibt;
15. begrüßt, dass die Kommission die durch den Güterverkehr bedingten Emissionen verringern will und fordert sie auf, einen Legislativvorschlag vorzulegen, mit dem der Seeverkehr und die Binnenschifffahrt in das Emissionshandelssystem einbezogen werden sollen; begrüßt in diesem Zusammenhang sowohl die Entwicklung einer neuen Meerespolitik als auch die Absicht, einen Vorschlag für die Reform der Gemeinsamen Organisation für Fischerei- und Aquakulturerzeugnisse vorzulegen, fordert die Kommission jedoch nachdrücklich auf, klarzustellen, wie sie 6 Millionen Euro innerhalb des Bereichs der Fischereipolitik umschichten will; fordert die Kommission auf, in die für 2009 im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung Europas vorgesehenen Schlüsselaktionen ein neues Kapitel zur Reform der Gemeinsamen Marktorganisation für Fischerei- und Aquakulturerzeugnisse aufzunehmen;
16. ist der Auffassung, dass die Kohäsionspolitik entsprechend dem Vertrag und dem Solidaritätsprinzip eine Gemeinschaftspolitik bleiben sollte, und lehnt daher alle Versuche ab, diese Politik zu renationalisieren; ist der Auffassung, dass in Zukunft mehr Finanzmittel für die Kohäsionspolitik bereitgestellt werden müssen, damit die neuen Herausforderungen, die große territoriale Auswirkungen haben, schon im Vorfeld angegangen werden können; stellt fest, dass neben dem wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt auch Herausforderungen bewältigt werden müssen, die sich aus den demographischen Veränderungen, der städtischen Konzentration, der Segregation, den Wanderungsbewegungen, der notwendigen Anpassung an die Globalisierung, aus dem Klimawandel, der Notwendigkeit, die Energieversorgung zu sichern, und dem nur langsamen Aufholprozess in den ländlichen Gebieten ergeben;
17. nimmt zur Kenntnis, dass im Jahr 2009 die legislativen Änderungen umgesetzt werden, über die im Rahmen des „Health Check“ der GAP eine Einigung erzielt wurde, und erwartet, dass die Position des Parlaments vollständig respektiert wird; begrüßt die Mitteilung der Kommission, wonach 2009 verschiedene Vorschläge zum Abbau von Bürokratie vorgelegt werden, und hofft, dass dies auch für die Landwirte gelten wird, insbesondere in Bezug auf die Einhaltung anderweitiger Verpflichtungen („Cross Compliance“); begrüßt die Absicht der Kommission, die Qualitätsproduktion in der Landwirtschaft zu fördern, und erwartet, eine aktive Rolle bei der Ausarbeitung konkreter Vorschläge zu spielen; bedauert die Tatsache, dass in der Jährlichen Strategieplanung für 2009 der zunehmenden Besorgnis bezüglich der Lebensmittelsicherheit nicht Rechnung getragen wurde;

Verwirklichung der gemeinsamen Einwanderungspolitik

18. begrüßt, dass die Kommission sich verpflichtet hat, eine gemeinsame Einwanderungspolitik zu entwickeln, und betont, dass ein „Europäischer Pakt über Migrationspolitik“ Fragen abdecken sollte, die nicht nur mit der Bekämpfung illegaler Einwanderung und der Steuerung

der legalen Einwanderung verknüpft sind, sondern auch mit der Einführung einer europäischen Asylpolitik auf der Grundlage von Vorschlägen, die die Kommission bis Ende des Jahres vorlegen sollte; hält es für vorrangig, dass das Übereinkommen Dublin II überarbeitet wird;

19. betont, dass auch der Grenzschutz eine Priorität ist, und wird in diesem Zusammenhang die jüngsten Vorschläge (Fluggastdatensätze in der EU, Eurosur, Ein- und Ausreise und Bewertung von Frontex) genau unter die Lupe nehmen und dabei auf die Beachtung strikter Datenschutzregeln dringen;
20. hält es für äußerst wichtig, die vollständige Umsetzung von SIS II und VIS zu beschleunigen; hält es ebenfalls für notwendig, Frontex zu stärken, das auf die Zusagen der Mitgliedstaaten angewiesen ist, Personal und Ausrüstung zu stellen;

Die Bürgerinnen und Bürger an die erste Stelle rücken

21. wiederholt seine Forderung nach Überprüfung der acht Sektorrichtlinien, die im Rahmen der Überprüfung der Regeln für den Verbraucherschutz und der Arbeit an den horizontalen Instrumenten zur Einführung der Binnenmarktgrundsätze im Hinblick auf die Vollendung des Binnenmarktes hätten analysiert werden sollen; betont, dass es nach wie vor konkrete Rechtsvorschriften im Bereich der CE-Kennzeichnung und Sicherheitszeichen für erforderlich hält; ermutigt die Kommission, daran zu arbeiten, dass die Produktsicherheitsregeln für die Verbraucher gewährleistet und durchgesetzt werden;
22. fordert weitere Initiativen im Bereich des Zivilrechts, um einen ausgewogenen Rechtsrahmen zu Stande zu bringen, mit dem Rechtssicherheit und Zugang zu den Gerichten gewährleistet sind; fordert weitere Fortschritte bei dem Gemeinsamen Referenzrahmen (CFR), einem der wichtigsten prä-legislativen Vorhaben, und unterstreicht, dass hierbei eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission notwendig ist;
23. ist der Überzeugung, dass es keinen Sinn hat, Diskriminierung in einem Bereich unter Strafe zu stellen, während sie in einem anderen Bereich zulässig ist; erwartet den Vorschlag der Kommission für eine umfassende Richtlinie zur Bekämpfung von Diskriminierung gemäß Artikel 13 des EG-Vertrags, wie in ihrem Arbeitsprogramm 2008 vorgesehen, betont jedoch, dass die Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten auf diesem Gebiet respektiert werden müssen;
24. erwartet den Vorschlag der Kommission für grenzüberschreitende Gesundheitsdienstleistungen, betont jedoch, dass die Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten in diesem Bereich respektiert werden müssen; erwartet ferner den Pakt über mentale Gesundheit und bekräftigt erneut seine Verpflichtung, die Gesundheitsfürsorge in Europa zu verbessern, u. a. durch die Unterstützung für eine EU-Strategie zur Bekämpfung von Krebs, Herz-Kreislaufkrankungen und anderen schwerwiegenden Krankheiten, einschließlich seltener Krankheiten;
25. bedauert, dass die Strategieplanung im Bereich der öffentlichen Gesundheit vage bleibt; ermutigt die Kommission, ihre Bemühungen zu verstärken, um gesundheitliche Ungleichgewichte in Verbindung mit sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Faktoren in den Griff zu bekommen, einen gesunden Lebensstil zu fördern und die Informationen zum

RC\720658DE.doc

PE401.440v01}
PE401.475v01}
PE401.474v01} RC1

Thema Gesundheit zu verbessern sowie ihre Koordinierung und die Möglichkeiten für eine schnelle Reaktion auf Bedrohungen für die weltweite Gesundheit zu verstärken; erinnert die Kommission in Bezug auf REACH daran, dass eine korrekte Umsetzung der Rechtsvorschriften ein wichtiger Erfolgsfaktor ist; ersucht die Kommission, geeignete Vorbereitungsmaßnahmen im Hinblick auf ihre künftigen Aufgaben im Rahmen von REACH zu gewährleisten;

26. fordert, dass mehr Arbeit im Bereich der Bekämpfung des organisierten Verbrechens, insbesondere der Cyber-Kriminalität, geleistet wird, und fordert die Kommission nachdrücklich auf, ihre Initiativen zur Bekämpfung von Menschenhandel zu verstärken; fordert politische Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus, die umfassend definiert werden müssen, und fordert die Kommission nachdrücklich auf, einen Vorschlag zu unterbreiten, der den Interessen der Opfer des Terrorismus gerecht wird, und Vorschläge zu entwickeln, um ein größeres Maß an Biogefahrenabwehr zu gewährleisten;
27. fordert die Kommission auf, die Frage zu prüfen, welche Übergangsregelungen für die Annahme von Rechtsvorschriften im Bereich Justiz und Inneres bis zum Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon getroffen werden sollten; unterstreicht, dass der neue Vertrag für das Europäische Parlament 2009 eine neue Rolle für die Politik im Bereich der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts und auch beim Abschluss internationaler Übereinkommen in diesem Bereich vorsieht, was eine umfassende Überarbeitung einiger Rechtsvorschriften im Zusammenhang mit der bestehenden Pfeilerstruktur sowie eine Überprüfung des Status von Europol und Eurojust erfordert;
28. begrüßt den Vorschlag der Kommission bezüglich der Rechte der Kinder und ihres Schutzes; stellt fest, dass der Teil der Strategie, der das so genannte „Gender Mainstreaming“ betrifft, sehr allgemein gehalten ist; erwartet daher von der Kommission, dass sie umgehend die Details der Initiativen, die sie einleiten will, darlegt; fordert die Kommission auf, dafür Sorge zu tragen, dass Daphne III rechtzeitig in Kraft tritt;

Europa als Partner der Welt

29. begrüßt, dass in der Jährlichen Strategieplanung der Vorbereitung auf das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon große Bedeutung beigemessen wird; stellt fest, dass Vorbereitungen sowohl intern als auch in den Beziehungen der Kommission zu Parlament und Rat notwendig sind; hält angemessene Vorbereitungen auf das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon für wichtig, insbesondere was den Aufbau eines Europäischen Auswärtigen Dienstes in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament betrifft;
30. hält es für wichtig, die Menschenrechte und die Achtung der Rechtsstaatlichkeit weltweit, vor allem aber in den zahlreichen Ländern, in denen die Menschenrechte nicht geachtet werden, zu verteidigen und zu fördern;
31. unterstreicht die Bedeutung eines möglichst baldigen Abschlusses der Beitrittsverhandlungen mit Kroatien, auch als Signal an die gesamte Region des westlichen Balkan dahingehend, dass ihre Zukunft innerhalb der EU liegt, sofern sie die erforderlichen Voraussetzungen erfüllen kann;
32. fordert die Kommission eindringlich auf, umfassend an der Revision der europäischen Sicherheitsstrategie und an der Entwicklung einer kohärenten und intelligenten Politik der

Union gegenüber der NATO mitzuwirken;

33. fordert die Kommission auf, die uneingeschränkte Umsetzung der Bedingungen, die in dem umfassenden Plan zur Befriedung des Kosovo enthalten sind, genau zu überwachen und nachdrücklich zu fordern, dass die Grundlagen für einen multiethnischen Kosovo gelegt werden; fordert die Kommission nachdrücklich auf, zusammen mit dem Rat die notwendigen Koordinierungsregelungen zu treffen, damit die verschiedenen Akteure der EU, die im Kosovo anwesend sind, mit einer Stimme sprechen; fordert die Kommission auf, mit Hilfe des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses den Weg der Staaten des westlichen Balkan hin zu einer künftigen EU-Mitgliedschaft zu unterstützen und an diesem Weg festzuhalten;
34. betont die Notwendigkeit einer EU-Ostsee-Strategie, um die Zusammenarbeit mit den Ländern in dieser Region und ihre Integration zu verstärken, und fordert die Kommission auf, einen Plan zur Umsetzung der Schwarzmeersynergie vorzulegen;
35. fordert weitere Maßnahmen zur Stärkung der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP), damit sie mehr Relevanz für die betreffenden Länder bekommt; weist darauf hin, dass die Europäische Union in ihren Beziehungen zu diesen Ländern wie bisher für demokratische Werte und Rechtsstaatlichkeit eintreten muss; fordert die Kommission auf, die Schaffung einer parlamentarischen Dimension der Nachbarschaftspolitik Ost durch die Einsetzung einer EURONEAST-Versammlung zu unterstützen, in der MdEP und Mitglieder der nationalen Parlamente aus den Ländern der Nachbarschaft Ost zusammenkommen;
36. bedauert, dass die Kommission keine konkreten Vorschläge für neue Wege bei der Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele vorgelegt hat, mit denen die gegebenen Zusagen bis 2015 erreicht werden sollen; fordert die Kommission eindringlich auf, dafür zu sorgen, dass die humanitäre Hilfe, die von der EU bereitgestellt wird, insbesondere ihre Nahrungsmittelhilfe in Entwicklungsländern, fortgeführt und möglichst im Jahr 2009 noch ausgeweitet wird; hält den Erfolg der Entwicklungsagenda von Doha (DDA) nach wie vor für eine der handelspolitischen Prioritäten der EU, bedauert jedoch, dass in der Strategieplanung noch nicht einmal ansatzweise über die WTO-Agenda nach Doha nachgedacht wird; ist der Auffassung, dass ein ehrgeiziges Kapitel für eine nachhaltige Entwicklung ein wesentlicher Teil jedes Freihandelsabkommens (einschließlich der Ratifizierung der wichtigsten IAO-Übereinkommen und ihrer Umsetzung sowie wesentlicher Umweltnormen) sein sollte;

Umsetzung, Verwaltung und bessere Rechtsetzung

37. bekräftigt, dass beim Thema „Bessere Rechtsetzung“ die korrekte Anwendung und Überwachung des Gemeinschaftsrechts sowie die Berichterstattung darüber Vorrang haben sollten; ist jedoch der Auffassung, dass die Kommission die zentrale Aufgabe hat, den Mitgliedstaaten dabei zu helfen, dieses Ziel zu erreichen; betont, dass das Europäische Parlament stärker in die Überwachung der Anwendung der gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften einbezogen sollte, und unterstreicht die Notwendigkeit einer engeren institutionellen Zusammenarbeit bezüglich der Komitologieverfahren;
38. unterstützt die Vorschläge der Kommission mit dem Ziel, den Verwaltungsaufwand zu verringern, und erinnert an seine Entschlossenheit und seine Unterstützung dafür, das Ziel

einer Verringerung des Verwaltungsaufwands um 25 % bis 2012 zu erreichen, und fordert nachdrücklich, dass eher früher als später greifbare Ergebnisse erzielt werden; betrachtet dies als wesentliche Priorität, insbesondere für die KMU, und als wesentlichen Beitrag zum Erreichen der Ziele von Lissabon; erinnert daran, dass alle Rechtsvorschriften dieses Ziel verfolgen müssen, wobei jedoch die Vereinfachung, Kodifizierung und Neufassung des bestehenden „acquis“ nicht zu Lasten der politischen Ziele gehen sollte;

39. betont, dass die politischen Prioritäten durch neue Haushaltsprioritäten unterstützt werden sollten, damit die EU konkrete Aufgaben wahrnehmen kann;
40. erwartet, dass die Kommission an der Qualität der nationalen Erklärungen arbeitet (26 Mitgliedstaaten haben, wie unter Nummer 44 der Interinstitutionellen Vereinbarung und Artikel 53b der Haushaltsordnung vorgesehen, eine Übersicht über die EU-Ausgaben vorgelegt), damit diese für den Europäischen Rechnungshof verwertbar sind, und erwartet sehr bald einen Bericht über die Qualität dieser Zusammenfassungen sowie Vorschläge, wie sich ihre Qualität verbessern lässt; unterstreicht ferner die Bedeutung der Umsetzung der Beschlüsse über die Entlastung für den Gesamthaushaltsplan 2006, insbesondere was den Aktionsplan für die Strukturfonds und das Follow-up der Verwendung von EU-Mitteln für externe Maßnahmen anbelangt;

Europa vermitteln

41. fordert die Kommission auf, den Bürger in den Mittelpunkt des europäischen Projekts zu stellen; fordert sie eindringlich auf, ihre Bemühungen darauf zu konzentrieren, eine wirksame Kommunikationspolitik zu konzipieren, damit die Bürger in die Lage versetzt werden, die EU besser zu verstehen, insbesondere im Jahr der Wahlen zum Europäischen Parlament; hält es für wichtig, dass das Initiativrecht für Bürger, das im Vertrag von Lissabon verankert ist, rasch umgesetzt wird; erinnert die Kommission an ihre Verpflichtung, angesichts der vorgeschlagenen Verordnung zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 über den Zugang zu Dokumenten für eine größere Transparenz und einen besseren Zugang zu den Dokumenten Sorge zu tragen;
42. beauftragt seinen Präsidenten, diese EntschlieÙung dem Rat, der Kommission und den Parlamenten der Mitgliedstaaten zu übermitteln.